

02.01.2023

Niederschrift KT 005/2022

Kreistag

am 13.12.2022 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 18:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Mario Löhr

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Bartmann-Scherding

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Martina Eickhoff

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Frau Heike Gutzmerow

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Herr Jürgen Kerl

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Sabine Lutz-Kunz

Herr Wilhelm Null

Frau Sigrid Reihs

anwesend bis 18.20 Uhr

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Frau Bettina Schwab-Losbrodt

Frau Simone Symma

Herr Martin Wiggermann

Herr Uwe Zühlke

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire

Frau Annika Brauksiepe

Herr Peter Dörner

Frau Annette Droege-Middel

Herr Wilfried Feldmann

Frau Claudia Gebhard

Herr Hubert Hüppe

Herr Wilhelm Jasperneite
Herr Jan-Eike Kersting
Herr Herbert Krusel
Frau Susanne Melchert
Herr Gerhard Meyer
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Herr Marco Morten Pufke
Frau Ursula Schmidt
Frau Vera Volkmann
Herr Michael Zolda

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Thomas Möller
Frau Patricia Esther Morgenthal
Frau Kirsten Reschke
Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider
Herr Reinhard Streibel

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann
Frau Claudia Lange
Herr Andreas Wette

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Herr Udo Gabriel
Herr Dr. Hubert Seier
Frau Katja Wohlgemuth

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Herr Andreas Dahlke
Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel
Frau Margarethe Strathoff

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Daniela Heil
Herr Dr. Gerrit Heil

anwesend ab 15:50 Uhr

Kreistagsmitglieder FW Kreisverband Unna / FAMILIE

Herr Thomas Cieszynski
Herr Ralf Piekenbrock

Einzelmitglied (fraktionslos)

Frau Marion Küpper

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke, Kreisdirektor / Kämmerer / Dezernent I
Herr Ludwig Holzbeck, Dezernent II
Herr Torsten Göpfert, Dezernent III
Herr Nils-Holger Gutzeit, Dezernent V

Herr Ferdinand Adam, Leiter Steuerungsdienst

Frau Sengül Ersan, Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Silke Schmücker, Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Susanne Kronenberg, Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung | Schriftführerin

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Annette Maria Thomae

Kreistagsmitglieder CDU

Herr Olaf Lauschner

Herr Carl Schulz-Gahmen

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Herr Hans-Ulrich Bangert

Einzelmitglied (faktionslos)

Herr Timon Lütchen

Herr Landrat Löhr begrüßt die Anwesenden, namentlich auch die Auszubildenden der Kreisverwaltung sowie die Vertreter der örtlichen Presse und eröffnet die Sitzung. Er fragt nach, ob sich alle mit Fotoaufnahmen in der Sitzung einverstanden erklären. Neben der lokalen Presse beabsichtigten die Pressestelle des Kreises und die CDU-Fraktion Aufnahmen zu machen. Frau Küpper erhebt Einwendung dagegen. Landrat Löhr bittet darum, dies entsprechend zu berücksichtigen.

Herr Landrat Löhr berichtet über den tragischen Vorfall an der Regenbogenschule in Bergkamen-Rünthe, bei dem ein 10-jähriger Schüler Anfang Dezember an den Folgen eines Unfalls verstorben ist. Er spricht den Angehörigen sowie allen Betroffenen sein Beileid aus. Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute von ihren Plätzen.

Herr Landrat Löhr teilt mit, dass die Weihnachtssterne ein Dank der Verwaltung für die kollegiale Zusammenarbeit seien. Angesichts der Dauer dieser Sitzung stünden Essen und Getränke bereit, die von Schülerinnen und Schülern des Märkischen Berufskollegs zubereitet worden seien.

Herr Landrat Löhr weist auf den auf den Tischen ausliegenden Flyer "Ratschlag Energie" zu einem Infoabend am 19.12.2022 in der Stadthalle Kamen hin und lädt zur Teilnahme ein.

Er teilt dann mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 01.12.2022 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Herr Landrat Löhr beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um zwei dringliche Grundsatzbeschlüsse zu Vergaben im Rettungsbereich (DS 239/22 - Grundsatzbeschluss zur Vergabe eines Rahmenvertrages für medizinisches Material und DS 240/22 - Grundsatzbeschluss zur Vergabe von Rettungsdienstfortbildungen). Die Erweiterung wird einstimmig beschlossen. Die Drucksachen werden als neue Punkte 16 (DS 239/22) und 17 (DS 240/22) in die Tagesordnung aufgenommen. Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Bestellung einer Schriftführerin
Punkt 2		Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 3	215/22	Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien des Kreistages
Punkt 4	222/22	Verlust des Fraktionsstatus von Bündnis`90/Die Grünen
Punkt 4.1	248/22	Neubesetzung des Vorsitzes des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz; Antrag der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 13.12.2022
Punkt 5	224/22	Finanzielle Zuwendungen für einzelne Kreistagsmitglieder
Punkt 6	216/22	Bestellung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes
Punkt 7	209/22	Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2021
Punkt 7.1	234/22	Beteiligungen des Kreises Unna; Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 30.11.2022
Punkt 8	212/22	Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2022
Punkt 9	214/22	Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Budget 32
Punkt 10		Haushalt 2023 - Verabschiedung
Punkt 10.1		Haushaltsreden
Punkt 10.2	160/22/1	Stellenplan für das Jahr 2023
Punkt 10.2.1	246/22	Einrichtung einer weiteren Planstelle für die schulpsychologische Beratungsstelle; Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 08.12.2022
Punkt 10.3	159/22/2	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden
Punkt 10.3.1	225/22	Haushaltsbegleitbeschluss zum Kreishaushalt 2023 ff. Antrag der CDU-Fraktion vom 28.11.2022
Punkt 10.3.2	247/22	Änderungsantrag zur Drucksache 225/22 - Haushaltsbegleitbeschluss zum Kreishaushalt 2023 ff.; Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 08.12.2022
Punkt 10.3.3	226/22	Einrichtung eines Jugendkreistages im Kreis Unna; Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2022

Punkt 10.3.4	244/22	Heimaterlebnis Kreisrundfahrten; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 08.12.2022
Punkt 10.3.5	237/22	Finanzielle Unterstützung für das 49-EURO-Ticket für Schüler:innen der Sekundarstufen I und II der Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna; Antrag der Fraktion DIE LINKE-UWG Selm vom 06.12.2022
Punkt 10.3.6	231/22	Finanzielle Mittel für das Bündnis für Pflege; Antrag der Fraktionen GRÜNE im Kreistag und FDP vom 28.11.2022
Punkt 10.3.7	236/22	UKBS: Klimaneutralen Wohnungsbestand bis 2035 unterstützen; Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2022
Punkt 10.3.8	241/22	Weitergehende Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und entsprechende Senkung der Kreisumlage im Haushaltsplan 2023 ff.; Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 06.12.2022
Punkt 11	229/22	Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Kommunen sicherstellen - Bund und Land müssen Finanzkollaps verhindern; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und GFL+WfU vom 29.11.2022
Punkt 11.1	243/22	Resolution der Fraktionen SPD und GFL+WfU vom 07.12.2022
Punkt 12	186/22	Betrauung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH
Punkt 13	187/22	Strategische Ausrichtung der VBU und der Tochtergesellschaften - Zwischenbericht
Punkt 14	218/22	Betrieblicher Notfallplan zur Energiemangellage
Punkt 15	230/22	Solidarität zeigen - Rückführungen in den Iran weiter aussetzen; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und GRÜNE im Kreistag vom 29.11.2022
Punkt 15.1	242/22	Antrag der Fraktionen SPD und GRÜNE im Kreistag vom 07.12.2022
Punkt 16	239/22	Grundsatzbeschluss zur Vergabe eines Rahmenvertrags für medizinisches Material
Punkt 17	240/22	Grundsatzbeschluss zur Vergabe von Rettungsdienstfortbildungen
Punkt 18	157/22	Errichtung des zweijährigen dualen Bildungsganges im Gastgewerbe "Fachkraft Küche" am Märkischen Berufskolleg in Unna zum Schuljahr 2023/2024
Punkt 19	206/22	Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2022
Punkt 19.1	245/22	Ergänzung zur Drucksache 206/22 - Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2022; Antrag der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 08.12.2022

Punkt 20	136/22	Vereinbarungen zur Mitfinanzierung von Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
Punkt 21	208/22	Neufassung der Rahmenvereinbarung "Pflege- und Wohnberatung im Kreis Unna"
Punkt 22	202/22	Kommunales Integrationsmanagement: Erste Änderung der Refinanzierungsvereinbarung Teilregion Süd vom 05.10.2021 (DS156/21)
Punkt 23	233/22	Modellprojekt Inklusion "In Zukunft inklusiv"; Abschluss einer Kooperationsvereinbarung
Punkt 24	163/22/2	Vertretungsregelung in der Kindertagespflege (Einzeltagespflegepersonen und Großtagespflegestellen)
Punkt 25	175/22	Ausbau spezialisierter Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche; Antrag des Kinderschutzbundes Kreis Unna
Punkt 26	217/22	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des Gutachterausschusses
Punkt 27		Mobilitätskonzept für den Kreis Unna
Punkt 27.1	219/22	Einrichtung eines interfraktionellen Arbeitskreises "Mobilitätskonzept"; Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.2022
Punkt 27.2	220/22	Besetzung des interfraktionellen Arbeitskreises "Mobilitätskonzept"
Punkt 28	227/22	Potenzial im On-Demand-Verkehr für den Kreis Unna umsetzen; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der FDP-Fraktion vom 28.11.2022
Punkt 29	102/22	Einführung Automatischer Zählsysteme im ÖSPV - Anpassung des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
Punkt 30	178/22	Einleitungsbeschluss zur Änderung des Landschaftsplans Nr. 2 - Raum Werne-Bergkamen
Punkt 31	149/22	Dreiundzwanzigste Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998; Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2023
Punkt 32	150/22	Änderung der Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der GWA/AKU zur Anpassung der Entgeltvereinbarungslaufzeit
Punkt 33	188/22	8. Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen im Kreis Unna vom 13.12.1999
Punkt 34		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 35 228/22 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der GWA - Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft mbH (GWA)

Punkt 36 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 **Bestellung einer Schriftführerin**

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Susanne Kronenberg zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 215/22 **Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien des Kreistages**

Beschluss

Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages werden folgende Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien des Kreistages vorgenommen:

Gremium	Funktion	bisher	neu
Ausschuss für Natur, Umwelt und Klimaschutz	stellvertretendes Mitglied für Herrn Andreas Dahlke	Sven Arnt (sB)	Prof. Dr. Christian Jänig
Ausländerrechtliche Beratungskommission	stellvertretendes Mitglied für Frau Margarethe Strathoff	Andreas Dahlke	Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Beteiligung des Landrates)

Punkt 4 222/22 Verlust des Fraktionsstatus von Bündnis 90/Die Grünen

Erörterung

Herr Landrat Löhr verweist inhaltlich auf die vorliegende Drucksache. Es liege dazu ein Antrag der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 13.12.2022 zur Neubesetzung des Vorsitzes des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz (DS 248/22) vor.

Der Bericht zum Verlust des Fraktionsstatus von Bündnis 90/Die Grünen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.1 248/22 Neubesetzung des Vorsitzes des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz; Antrag der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 13.12.2022

Herr Ganzke begründet den gemeinsamen Antrag und zieht Parallelen zu aktuellen Vorkommnissen im Europa-Parlament. Er äußert sein Unverständnis über die Haltung und die Äußerungen von Herrn Dr. Seier, dessen Fraktion DIE LINKE-UWG Selm sich unter Bezug auf die geltende Unschuldsvermutung nicht an dem gemeinsamen Antrag zur Neubesetzung des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz beteiligen wolle. Seine Fraktion sehe in diesem Antrag keinen Verstoß gegen die Unschuldsvermutung. Dieser habe allein damit zu tun, dass die große Mehrheit des Kreistages zum Schutz des Vertrauens in die Institution Kreistag und in die kommunalpolitische Demokratie gemeinsam entschieden habe, eine Ausschussvorsitzende abzulösen, durch die man nicht mehr repräsentiert werden wolle. Vor diesem Hintergrund bitte er um Zustimmung zu diesem Antrag.

Frau Wohlgemuth antwortet auf die Äußerungen von Herrn Ganzke und betont, dass man hier in Unkenntnis der Hintergründe und Tatsachen vorsichtig sein solle. Für sie stehe daher auch die Unschuldsvermutung im Vordergrund. Dies sei eine Gewissensentscheidung, die sie zu respektieren bitte.

Herr Goldmann verweist auf die sich durch den Ausschluss von Frau Küpper aus ihrer Fraktion kommunalrechtlich ergebende Rechtsfolge, wonach sie als Einzelmitglied den Anspruch auf den Ausschussvorsitz verliere. Der vorliegende Antrag sei erforderlich, um den politischen Veränderungen im Kreistag Rechnung zu tragen. Außerdem sei er ein politisches Signal des Kreistages in Bezug auf eine seit über einem Jahr andauernde Affäre mit den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft wegen Betrug und der Weigerung, sich an einer notwendigen Aufklärung zu beteiligen. Es gehe nicht um einzelne Personen, sondern um den Schaden, den ein solches Verhalten für den ganzen ehrenamtlich politisch aktiven Raum bedeute. Das sei nicht zuletzt eine Frage des Anstandes und des politischen Selbstverständnisses. Letzteres habe leider auch Dr. Seier mit seiner Aussage vermissen lassen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel teilt für die Fraktion GFL+WfU mit, dass man den Antrag grundsätzlich mittragen werde. Dass die ursprüngliche Fraktion, die einen Anspruch auf diesen Ausschussvorsitz gehabt habe, nicht mehr existiere sei, sei für sie dafür einer der Hauptgründe. Man vertrete die Ansicht, dass man sich in gewissen Situationen zurücknehmen und aus dem Mittelpunkt heraustreten sollte, bis gewisse Dinge geklärt seien. Dem Vorschlag zur personellen Neubesetzung könne man allerdings nicht mittragen, da aus ihrer Sicht hier eher die kleineren Fraktionen zum Zuge kommen sollten. Er bitte daher um Abstimmung des Antrages in zwei Stufen.

Herr Landrat Löhr teilt mit, dass es für die kommunalrechtliche Zulässigkeit dieses Antrages erforderlich sei, dass er von allen Fraktionen mitgetragen werde.

Eine Abfrage im Kreistag ergibt, dass die Fraktion DIE LINKE-UWG Selm und das Einzelmitglied Marion Küpper diesen Antrag ablehnen, während alle anderen im Kreistag vertretenen Fraktionen und Gruppen ihn befürworten.

Herr Landrat Löhr stellt fest, dass der Antrag somit kommunalrechtlich nicht zulässig sei, da ihm nicht alle Fraktionen folgen würden.

Herr Pufke erklärt, dass die antragsstellenden Fraktionen den Beschlussvorschlag des Antrages ändern und nunmehr die Auflösung des Ausschusses beantragen würden (s. unter Beschluss).

Da sich keine Wortmeldungen dazu ergeben stellt Herr Landrat Löhr den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Beschluss

Der Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (58 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, GFL+WfU, der Gruppe FW/Familie und des Landrates, 4 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE-UWG Selm und eines Einzelmitgliedes, 1 Enthaltung der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Landrat Löhr stellt fest, dass damit der Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz mit sofortiger Wirkung aufgelöst sei. Das weitere Vorgehen werde er nach eingehender kommunalrechtlicher Prüfung zeitnah mit allen Fraktionen im Ältestenrat abstimmen.

Punkt 5 224/22 Finanzielle Zuwendungen für einzelne Kreistagsmitglieder

Beschluss

Einzelne Kreistagsmitglieder erhalten finanzielle Zuwendungen in Höhe von 1.000 Euro pro Kalenderjahr.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (60 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU GRÜNE im Kreistag, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen und FW/Familie und des Landrates/ keine Nein-Stimmen / 2 Enthaltungen der Gruppe FW/Familie und eines Einzelmitgliedes)

Punkt 6 216/22 Bestellung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

Beschluss

Frau Kreisamtfrau Britta Bornemann wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 7.1 234/22 Beteiligungen des Kreises Unna;
Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 30.11.2022**

Erörterung

Frau Schneider begründet den Antrag ihrer Fraktion und verweist darauf, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handele. Man wolle den Beteiligungsbericht verbessern, indem man mehr Transparenz herstelle. Insbesondere solle zukünftig der Frauenanteil aufgelistet werden. Sie bitte um Zustimmung.

Herr Klostermann teilt mit, dass die FDP-Fraktion diesen Antrag mittrage. Man rege an, die angefragten Daten auch in die Geschäftsberichte der einzelnen Unternehmen und Gesellschaften zu übernehmen, vielleicht auch noch ergänzt um die Thematik Klimaschutz/Klimaneutralität. Nach Ansicht seiner Fraktion würden diese Dinge in die Geschäftsberichte hineingehören.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt,

- a) in Abstimmung mit den Beteiligungen des Kreises Unna rechtlich prüfen zu lassen, inwieweit die Bezüge der Mitglieder in den jeweiligen Gremien der Gesellschaften in zukünftigen Beteiligungsberichten veröffentlicht werden können. Ebenso ist der Frauenanteil in allen Gremien der Beteiligungen mit auszuweisen.
- b) bei einem positiven rechtlichen Bescheid darauf hinzuwirken, dass die unter a) genannten Daten zukünftig in den Beteiligungsbericht des Kreises einfließen.
- c) über die Ergebnisse der Gespräche und Prüfungen spätestens in der Sitzung des Kreistages im September 2023 zu berichten und notwendigen Beschlüsse zu a) und b) zu diskutieren und abstimmen zu lassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 209/22 Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2021

Beschluss

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2021 wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Beteiligung des Landrates)

Punkt 8 212/22 Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2022

Der Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2022 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 214/22 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Budget 32

Beschluss

Gemäß § 7 Abs. 5 der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2022 in Verbindung mit § 83 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und § 53 Abs. 1 der Kreis-

Frau Wohlgemuth führt aus, dass sie an einer Schule arbeite und wisse, dass der Schulpsychologische Dienst sehr häufig genutzt werde. Neben der Kriseninterventionsberatung für Lehrkräfte unterstütze er auch bei der psychologischen Begutachtung von Schüler*innen zur Einforderung von Hilfen. Eine weitere Stelle sei sicher sehr hilfreich.

Beschlussvorschlag

Für die schulpsychologische Beratungsstelle des Kreises ist eine weitere Planstelle einzurichten.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (48 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, GFL+WfU, der Gruppe FW/Familie und des Landrates, 16 Ja-Stimmen der Fraktionen GRÜNE im Kreistag, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen und eines Einzelmitglieds, keine Enthaltung)

Punkt 10.3.1 225/22 Haushaltsbegleitbeschluss zum Kreishaushalt 2023 ff. Antrag der CDU-Fraktion vom 28.11.2022

Erörterung

Herr Pufke verweist zur Begründung dieses Antrages auf seine Haushaltsrede. Es gehe hier um das politische Signal. Man habe erfreut den Ergänzungsantrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag zur Kenntnis genommen. Wenn dies im Vorfeld bekannt gewesen wäre, hätte man etwas Gemeinsames auf den Weg bringen können. So biete die CDU-Fraktion nun an, den ersten Passus zur Beauftragung des Landrates mit in den eigenen Antrag aufzunehmen, sodass dann nur noch über einen Antrag abzustimmen sei.

Herr Goldmann dankt Herrn Pufke für dieses Angebot. In der Sache stünden die Anträge ja nicht gegeneinander, sondern würden sich ergänzen. Er erklärt daher im Namen seiner Fraktion das Einverständnis dazu.

Herr Landrat Löhr lässt über den CDU-Antrag (DS 225/22) in der durch den ersten Absatz des Antrages der Fraktion GRÜNE im Kreistag ergänzten Fassung (DS 247/22) abstimmen.

Beschluss

Die isolierte Bilanzierungshilfe gemäß NKF-CUIG (Entwurf) ist im Sinne eines generationengerechten Umgangs mit diesem Bilanzierungsinstrument über einen maximal 15-jährigen Zeitraum abzuschreiben, Von der Möglichkeit des Ausbuchens gegen das Eigenkapital ist zur Vermeidung struktureller Neuverschuldung abzusehen.

Der Landrat wird beauftragt, in enger Abstimmung mit den Kommunen des Kreises eine möglichst einheitliche Lösung zur Abschreibung der isolierten Bilanzierungshilfen gemäß NKF-CUIG (Entwurf) anzustreben.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (54 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, eines Einzelmitglieds und des Landrates, 10 Nein-Stimmen der Fraktionen DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen und FW/Familie/ keine Enthaltung)

Punkt 10.3.2 247/22 Änderungsantrag zur Drucksache 225/22 - Haushaltsbegleitbeschluss zum Kreishaushalt 2023 ff.; Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 08.12.2022

Erörterung

Siehe unter Punkt 10.3.1

Antragstext wurde weitgehend in den Antrag der CDU-Fraktion (DS 225/22) übernommen.

Abstimmung obsolet.

**Punkt 10.3.3 226/22 Einrichtung eines Jugendkreistages im Kreis Unna;
Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2022**

Beschluss

Der Kreistag beschließt, dass ein Jugendparlament im Kreis Unna eingerichtet werden soll, welches über ein Antragsrecht für den Kreistag sowie ein Anfragerecht an die Kreisverwaltung verfügen soll.

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Umsetzung eines Jugendparlaments im Kreis Unna zu entwerfen und dem zuständigen Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung wird gebeten, die Wünsche und Rückmeldungen aus einem breiten und vielfältigen Spektrum der für die Jugendarbeit zuständigen Institutionen, der Schulen sowie der Kinder und Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 12 und 21 Jahren im Kreis Unna abzufragen und bei der Konzeptentwicklung zu berücksichtigen. Modell könnte der Jugendlandtag NRW sein.

Im Haushalt sind dafür 5.000 Euro bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (60 Ja-Stimmen der Fraktionen SDP, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen und FW/Familie, eines Einzelmitglieds und des Landrates, 3 Nein-Stimmen der Fraktion GFL+WfU, 1 Enthaltung der Fraktion GRÜNE im Kreistag)

**Punkt 10.3.4 244/22 Heimerlebnis Kreisrundfahrten;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 08.12.2022**

Erörterung

Frau Schneider teilt mit, dass die Fraktion GRÜNE im Kreistag diesem Antrag nicht zustimmen werde. Im Kulturbereich habe man sich entschieden, Zuschüsse zunächst einmal nicht zu erhöhen und eher gute Konzepte zu finden, um die weitere Zusammenarbeit zu verbessern. Das hier nun eine Erhöhung um 10.000 Euro möglich sein solle, erschließe sich ihnen nicht und sei nicht konsequent. Vielleicht gebe es die Möglichkeit, die Kreisrundfahrten durch Umlagen oder private Entgelte zu finanzieren.

Herr Ganzke erklärt, er halte den Verwaltungsaufwand für eine private Abrechnung für wenig effizient. Die Kreisrundfahrten sollten eine Werbung sein und die Menschen für den Kreis Unna und die kommunale Demokratie begeistern und daher sei diese Erhöhung hier sinnvoll.

Beschluss

Die Haushaltsmittel für die Ermöglichung von Kreisrundfahrten werden von 20.000 € auf 30.000 € ab dem Haushaltsjahr 2023 ff. erhöht.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (45 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU DIE LINKE-UWG Selm, eines Einzelmitgliedes und des Landrates, 18 Nein-Stimmen der Fraktionen GRÜNE im Kreistag, FDP, GFL+WfU, der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen und FW/Familie, 1 Enthaltung der FDP-Fraktion)

Punkt 10.3.5 237/22 Finanzielle Unterstützung für das 49-EURO-Ticket für Schüler:innen der Sekundarstufen I und II der Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna; Antrag der Fraktion DIE LINKE-UWG Selm vom 06.12.2022

Erörterung

Herr Dr. Seier begründet den Antrag seiner Fraktion DIE LINKE-UWG Selm. Die Umsetzung stelle eine kurzfristige und effiziente Klimaschutzmaßnahme dar, die für den Kreis finanziell gut tragbar sei. Zudem sei es eine gute Maßnahme, um junge Menschen für den ÖPNV zu begeistern. Er bitte daher um Zustimmung.

Frau Schneider erklärt, dass es trotz der kürzlich erfolgten Einigung zur Finanzierung des Deutschlandtickets jetzt nicht an der Zeit sei, auf Kreisebene Insellösungen zu etablieren. Beim Land würden derzeit die tariflichen Auswirkungen zu dem Ticket geprüft und Vorschläge für das Schüler-, Job- und Sozialticket erarbeitet. Diese gelte es abzuwarten. In ihrer Fraktion sei man sich darüber einig, Jugendliche kostenlos befördern zu wollen. Bis dahin sei es aber noch ein langer Weg.

Herr Schmülling teilt mit, dass die SPD-Fraktion hier auch nicht zustimmen könne. Es sei schwer vorstellbar, dass der Kreis seine Schüler*innen aus Kreismitteln besserstelle als die der Kommunen. Dies sei nicht solidarisch und entspreche nicht dem Gedanken der interkommunalen Familie. Man befinde sich auf dem Weg in eine neue Tarifwelt, die jetzt bundesweit eingeführt werde und dies sollte zunächst abgewartet werden, bevor man sich dann mit kreisweiten Lösungen dazu auseinandersetzen könne.

Herr Cieszynski äußert rechtliche Bedenken zu einer Regelung für nichtberechtigte Schüler*innen. Herr Kreisdirektor Janke sieht aus juristischer Perspektive grundsätzlich zunächst einmal kein Problem, das im Rahmen einer Finanzierung dessen, was beantragt wurde, zu ermöglichen.

Frau Strathoff ist der Ansicht, dass eine Unterstützung durch den Kreis nicht nur kreis-, sondern NRW-weit erfolgen sollte.

Es schließt sich ein kurzer Austausch zwischen Herrn Dahlke und Herrn Schmülling an.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Herr Landrat Löhr geht daher zur Abstimmung über.

Beschlussvorschlag

1. Der Kreistag beschließt, den berechtigten und die unter die Schülerfahrtkostenverordnung fallenden Schüler*innen in den Schulen in der Trägerschaft des Kreises Unna, statt einem Westfalenticket ein 49-EUR-Ticket **kostenfrei** auszuhändigen.
2. Im Rahmen eines „Solidarmodells“ wird den nichtberechtigten Schüler*innen das künftige 49-EUR-Ticket zum Kostenbeitrag von **9 EURO** zur Verfügung gestellt.
3. Start des „neuen“ Schüler*innentickets soll der 1. April 2023 sein, soweit die bundesweite Einführung des 49 EUR-Tickets vollzogen ist, ansonsten mit dessen Einführung. Im Haushalt sind dafür 150.000 Euro bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (57 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, GFL+WfU, der Gruppe FW/Familie und des Landrates, 5 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE-UWG-Selm, der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen und eines Einzelmitglieds, 1 Enthaltung der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen)

Punkt 10.3.6 231/22 Finanzielle Mittel für das Bündnis für Pflege; Antrag der Fraktionen GRÜNE im Kreistag und FDP vom 28.11.2022

Erörterung

Frau Morgenthal begründet den Antrag ihrer Fraktion GRÜNE im Kreistag, geht auf den Mangel an Personal in den Pflegeberufen, die Verschärfung durch die Corona-Pandemie und die mittlerweile rentenfähige Generation der als "Babyboomer" bezeichneten Jahrgänge ein. Man stehe vor der Herausforderung, für immer mehr Senior*innen mit unterschiedlichen Ansprüchen die Betreuung und Pflege sicherstellen zu müssen. Darauf müsse man mit dem notwendigen und gut ausgebildeten Personal vorbereitet sein. Deswegen sei es wichtig, dass zur Weiterführung und Stärkung des Bündnisses für Pflege im kommenden Haushalt ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stünden, um die notwendigen Strukturen zu schaffen, sowie die bestehenden weiter auszubauen. Man müsse junge Menschen erreichen und informieren und für diese wichtigen Berufe in der Pflege begeistern.

Herr Meyer führt aus, dass es neben den deutschlandweit unstrittig fehlenden Pflegekräften auch in anderen Berufen an Fachkräften, ja grundsätzlich an Arbeitskräften mangle. Hier werde ein partielles Problem bekämpft, bei dem man sich frage, warum allein der Kreishaushalt ohne Co-Finanzierung der entsprechenden Arbeitgeber für die Finanzierung dieser personellen Ausstattung aufkommen solle. Dieses Konzept, das einseitig nur den Kreishaushalt belaste, könne die CDU-Fraktion so nicht mittragen.

Herr Dahlke teilt mit, dass die Fraktion GFL+WfU den Antrag befürworte. Perspektivisch würden mit zunehmender Überalterung der Gesellschaft auch die Aufgaben im Bereich der Pflege immer mehr zunehmen. Es sei genau die richtige Zeit, um junge Menschen für diese Arbeit zu interessieren und zu begeistern.

Herr Wette ergänzt zur Begründung des Antrages, dass man sich entschieden habe, diese gute Sache, die jetzt schon zwei Jahre laufe und die es unter Coronabedingungen schwer gehabt hätte, Fuß zu fassen, weiter zu verlängern, um dann im Laufe des kommenden Jahres in einer neuen Konzeption, auch unter Einbindung der Träger der Freien Wohlfahrt, einen neuen Weg der Finanzierung zu finden.

Beschluss

Zur Weiterführung und Stärkung des Bündnisses für Pflege, wie unter Punkt 3. zum Beschluss der Drucksache 206/22 genannt, werden 25.000 € zur Finanzierung bis Ende 2023 in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (40 Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP GFL+WfU und eines Einzelmitgliedes, 23 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE-UWG Selm, der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen und FW/Familie und des Landrates, 1 Enthaltung der Gruppe FW/Familie)

**Punkt 10.3.7 236/22 UKBS: Klimaneutralen Wohnungsbestand bis 2035 unterstützen;
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2022**

Erörterung

Herr Pufke teilt mit, die CDU-Fraktion sei mit dem Ziel und der Ausweitung des Kreditrahmens einverstanden. Die UKBS sei ja nicht verpflichtet, diesen bis zum Ende auszureizen. Wichtig wäre ihnen, dass im Aufsichtsrat der UKBS - bevor der Kreditrahmen in Anspruch genommen werde – darüber gesprochen werde, inwieweit auch die Gewinnrücklage in Höhe von 16,7 Mio. Euro für dieses Ziel eingesetzt werden könne.

Herr Feldmann merkt an, dass es für viele Wohnungsbaugesellschaften im Kreis schon seit langem erklärtes Ziel sei, klimaneutral zu werden. Man treibe die energetische Sanierung von Wohngebäuden voran, was nicht nur den CO₂- Ausstoß verringere, sondern auch die monetäre Belastung für Kunden/Kundinnen und Mieter*innen. Dieses Ziel scheitere nicht an den finanziellen Möglichkeiten, sondern weil die personellen und materiellen Ressourcen auf dem Markt nicht zur Verfügung stünden. Die im Kreis Unna tätigen Wohnungsgesellschaften sollten sich untereinander abstimmen und eine gemeinsame Strategie erarbeiten. Zudem werde Wohnraumförderung auch vom Land NRW, unabhängig vom Kreditrahmen, den man der UKBS hier einräume, angeboten.

Herr Landrat Löhr teilt mit, dass die UKBS bereits in Gesprächen sei, um Kräfte entsprechend zu bündeln.

Beschluss

Der Kreistag beschließt, der Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS) für die Forcierung der Dekarbonisierung und energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes Kreditmittel in Höhe von 10 Mio. Euro im Rahmen der üblichen Kreditmittelweitergabe zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 10.3.8 241/22 Weitergehende Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und entsprechende Senkung der Kreisumlage im Haushaltsplan 2023 ff.;
Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 06.12.2022

Erörterung

Herr Prof. Dr. Hofnagel begründet den Antrag. Er bedankt sich für die Vordiskussion. Man wolle auf dieses Thema hinweisen und werde es auch im nächsten Jahr weiterverfolgen. Er werbe dafür, sich grundsätzlich mit der Eigenkapitalentwicklung des Kreises näher zu beschäftigen.

Beschlussvorschlag

Der Kreistag stimmt vor dem Hintergrund der multidimensionalen Herausforderungen (u.a. Corona-Pandemie, Flüchtlingswelle, Energiekostenentwicklung etc.) der kreisangehörigen Kommunen bereits im Haushaltsjahr 2023 für eine stärkere Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von 9 auf 18 Mio. Euro zu. Mit dieser höheren Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage soll die Kreisumlage in entsprechender Höhe für das Jahr 2023 reduziert und der höhere Jahresverlust ausgeglichen werden. Die entsprechenden Haushaltsansätze sind analog anzupassen.

Durch diesen Beschluss werden die kreisangehörigen Kommunen aufgrund ihrer finanziellen Notlage im kommenden Jahr finanziell um weitere 9 Mio. Euro gegenüber der bisherigen Planung entlastet.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (54 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, der Gruppe FW/Familie und des Landrates, 7 Ja-Stimmen der Fraktionen DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU und eines Einzelmitgliedes, 3 Enthaltungen der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen und FW/Familie)

Im Anschluss an die Beratung der Anträge stellt Herr Landrat Löhr zunächst den Stellenplan und anschließend die Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zur Abstimmung.

Punkt 10.2 160/22/1 Stellenplan für das Jahr 2023

Beschluss

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 wird als Anlage zum Haushaltsplan in der eingebrachten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (63 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen und FW/Familie und des Landrates / 1 Enthaltung eines Einzelmitgliedes)

Punkt 10.3 159/22/2 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden

Erörterung

Herr Kreisdirektor Janke stellt fest, dass sich die zuvor gefassten Beschlüsse auf die in § 6 der Haushaltssatzung geregelte Festsetzung der allgemeinen Kreisumlage auswirken.

Die Zahllast erhöhe sich um 75.261 Euro auf endgültig 268.603.284 Euro. Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage betrage nunmehr 35,69 Prozentpunkte, entsprechend einem Plus von 0,01 Prozentpunkten. Ergebnisplan und Finanzplan würden entsprechend angepasst.

Durch den Beschluss zur Finanzierung der Investitionen der UKBS (Drucksache 236/22) erhöhe sich der in § 2 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Kredite um 6 Millionen Euro auf 69,5 Millionen. Davon seien Kredite in Höhe von neu 39,9 Millionen Euro zur Finanzierung von Ausleihungen an die Beteiligungen erforderlich.

Herr Landrat Löhr stellt die Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen durch die beschlossenen Anträge zur Abstimmung.

Beschluss

Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2023 wird einschließlich Ergebnisplan und Finanzplan mit den in der Sitzung des Kreistages am 13.12.2022 beschlossenen Änderungen einschließlich der sich dadurch ergebenden Änderungen des Zahlenwerks beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (57 Ja-Stimmen der Fraktion SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, DIE LINKE-UWG-Selm, der Gruppe FW/Familie und des Landrates / 6 Nein-Stimmen der Fraktion GFL+WfU, der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen und eines Einzelmitgliedes / 1 Enthaltung der Fraktion GRÜNE im Kreistag)

Punkt 11 229/22 Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Kommunen sicherstellen - Bund und Land müssen Finanzkollaps verhindern; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und GFL+WfU vom 29.11.2022

Punkt 11.1 243/22 Resolution der Fraktionen SPD und GFL+WfU vom 07.12.2022

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, diese Resolution an die Bundes- und Landesregierung sowie die örtlichen Bundes- und Landtagsabgeordneten zu übermitteln:

Resolution

Der Kreistag setzt sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung weiter für eine auskömmliche und zukunftsfähige Kommunalfinanzierung ein und weist dabei auf folgende Aspekte besonders hin:

- Eine gerechte Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips, insbesondere im Jugend- und Sozialbereich.
- Die Kommunen benötigen einen echten Altschuldenschnitt, damit kommunale Gelder in dringend notwendige Zukunftsaufgaben investiert werden können.
- Förderprogramme so auszurichten, dass vorrangig finanz- und personalschwache Kommunen davon profitieren.
- Förderung der Mobilitätswende vor Ort stärken, u.a. eine bessere Finanzierung des ÖPNV durch Land und Bund.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (41 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen und FW/Familie, des Einzelmitgliedes und des Landrates, 3 Enthaltungen der FDP-Fraktion, ohne Beteiligung der CDU-Fraktion)

Punkt 12 186/22 Betrauung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Beschluss

1. Der als Anlage zur Drucksache 186/22 beigefügte Betrauungsakt wird beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, den Betrauungsakt gegenüber der WFG bekanntzugeben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 13 187/22 Strategische Ausrichtung der VBU und der Tochtergesellschaften - Zwischenbericht

Der Bericht über die strategische Ausrichtung der VBU und der Tochtergesellschaften wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 14 218/22 Betrieblicher Notfallplan zur Energiemangellage

Der betriebliche Notfallplan zur Energiemangellage der Kreisverwaltung Unna wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 15 230/22 Solidarität zeigen - Rückführungen in den Iran weiter aussetzen; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktionen SPD und GRÜNE im Kreistag vom 29.11.2022

Punkt 15.1 242/22 Antrag der Fraktionen SPD und GRÜNE im Kreistag vom 07.12.2022

Erörterung

Herr Goldmann begründet den gemeinsamen Antrag und geht auf die Zustände im Iran und das dortige menschenverachtende Regime ein. Er nennt gemeinsame Werte wie Frieden, Menschenrechte und Demokratie, die auch im Kreis Unna eine große Rolle spielten, da auch hier viele Menschen mit persischen und iranischen Wurzeln leben würden. Deren Angehörige erfahren im Iran massive Repressalien und bräuchten Aufmerksamkeit und Unterstützung, wenigstens Solidarität. Andere Kommunen hätten hier bereits deutliche Signale gesetzt. Auch die Landtagsfraktionen von CDU/SPD/GRÜNEN und FDP hätten sich mit einem gemeinsamen Antrag für universell geltende Menschenrechte in NRW solidarisch mit der iranischen Freiheitsbewegung gezeigt. Es gehe daher heute auch um eine Haltung des Kreistages. Der Kreis Unna stelle sich mit diesem Antrag an die Seite des Landes hinsichtlich eines nicht mehr nur einstweiligen Abschiebestopps sowie der zwischenzeitlich umgesetzten Forderung nach einheitlichen nationalen Bedingungen zum Schutz verfolgter Menschen aus dem Iran. Auch da stehe man als Kreis, als örtliche Ordnungsbehörde in der Verantwortung.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt,

- sich gegenüber der Landesregierung für eine weitere Aussetzung von Abschiebungen über die aktuell gültige Anordnung hinaus einzusetzen, die Abschiebungen bis zum 7. Januar aussetzt. Eine bundeseinheitliche Lösung wäre das Ziel.
- darauf hinzuwirken, dass von der Bundes- und Landesregierung weiter eine klare politische Positionierung und eine konsequente Absage Deutschlands an das autokratische, menschenverachtende und gewaltbereite iranische Regime im Zusammenhang mit den dortigen aktuellen brutalen Ermordungen und Geschehnissen erfolgt.
- sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für eine stärkere Unterstützung und Förderung von Menschenrechtsorganisationen, die sich mit der iranischen Bewegung solidarisieren, einzusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Beteiligung der CDU-Fraktion)

Punkt 16 239/22 Grundsatzbeschluss zur Vergabe eines Rahmenvertrags für medizinisches Material

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, einen Rahmenvertrag über die Lieferung von Arzneimitteln und medizinischem Verbrauchsmaterial für einen Zeitraum von fünf Jahren im Umfang von ca. 3.000.000 € mit dem im Vergabeverfahren ermittelten Bestbieter durch die Verwaltung abzuschließen.

Über diese Vergabe soll im Rahmen des § 5 Abs. 3 der Hauptsatzung des Kreises Unna entschieden werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 17 240/22 Grundsatzbeschluss zur Vergabe von Rettungsdienstfortbildungen

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, einen Rahmenvertrag über die Leistung von rettungsdienstlichen Fortbildungen für einen Zeitraum von drei Jahren mit einer Verlängerungsoption von zwei Jahren mit dem im Vergabeverfahren ermittelten Bestbieter durch die Verwaltung abzuschließen.

Über diese Vergabe der Leistung von rettungsdienstlichen Fortbildungen im Umfang von jährlich 450.000 Euro für die Dauer von drei Jahren mit einer Verlängerungsoption von zwei Jahren mit einem Gesamtvolumen von ca. 2.250.000 Euro soll im Rahmen des § 5 Abs. 3 der Hauptsatzung des Kreises Unna entschieden werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 18 157/22 Errichtung des zweijährigen dualen Bildungsganges im Gastgewerbe "Fachkraft Küche" am Märkischen Berufskolleg in Unna zum Schuljahr 2023/2024

Beschluss

Zum Schuljahr 2023/2024 wird im dualen System der zweijährige Bildungsgang im Gastgewerbe „Fachkraft Küche“ gemäß Anlage A der APO-BK am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna in Unna errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 19.1 245/22 Ergänzung zur Drucksache 206/22 - Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2022; Antrag der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 08.12.2022

Beschluss

Der Beschlussvorschlag der Drucksache 206/22 (Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2022) wird unter Punkt 3 um folgenden Zusatz ergänzt:

Zur Weiterführung und Stärkung des Bündnisses für Pflege werden in den kommenden Haushalten ausreichende finanzielle Mittel bei weiterem Erfolg des Bündnisses vor Beschluss zur Verfügung gestellt.

Maßgeblich für eine weitere finanzielle Unterstützung ist, dass bis Ende 2023 eine Bündnisstruktur unter Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege, privater Pflegeanbieter*innen, Kreisverwaltung / -politik, Wirtschaftsförderung und weiteren Akteuren geschaffen wird, um eine nachhaltige Arbeit zu gewährleisten. Dabei geht es auch um die Frage der finanziellen Beteiligung der Akteure sowie die Akquise möglicher Fördermöglichkeiten.

Ende 2023 wird die bisherige Arbeit ausgewertet (u.a. geschaffene Bündnisstruktur, Informationsveranstaltungen an Schulen, erreichte Schüler*innen, Zahl der Praktika im Pflegebereich), um mögliche weitere politische Beschlüsse vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (54 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen und FW/ Familie, eines Einzelmitgliedes und des Landrates, 9 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, keine Enthaltung)

Punkt 19 206/22 Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2022

Erörterung

Herr Pufke führt aus, dass es nach dem Redebeitrag von Herrn Meyer zum Haushalt nur folgerichtig sei, hier eigentlich auch Nein zu sagen. Dem Gesamtwerk Pflegebedarfsplan stimme die CDU-Fraktion aber zu.

Herr Landrat Löhr stellt den durch die DS 245/22 ergänzten Pflegebedarfsplan zu Abstimmung.

Beschluss

1. Der als Anlage beigefügte verbindliche Pflegebedarfsplan 2022 nach APG NRW wird beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die bedürfnisorientierte, sozialräumliche Strategie des Kreises Unna mit Sozialplanung und Vernetzung verantwortlicher Personen aus den relevanten Bereichen von Wohnen bis Pflege fortzuführen, um die soziale, gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur gleichermaßen von präventiv und ambulant zu teilstationär und vollstationär zu stärken.
3. Auf Grund des gerade in der aktuellen Corona-Pandemie weiterhin besonders negativ spürbaren Personalmangels in der Altenpflege und eines absehbar drohenden chronischen Personalnotstandes und der damit verbundenen Gefährdung der Versorgungsqualität insgesamt – auch im ambulanten Bereich – wird empfohlen, dass sich der Kreis Unna an einem breiten kreisweiten Bündnis für Pflegepersonal in der Altenpflege weiter aktiv beteiligt.

*Zur Weiterführung und Stärkung des Bündnisses für Pflege werden in den kommenden Haushalten ausreichende finanzielle Mittel bei weiterem Erfolg des Bündnisses vor Beschluss zur Verfügung gestellt. Maßgeblich für eine weitere finanzielle Unterstützung ist, dass bis Ende 2023 eine Bündnisstruktur unter Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege, privater Pflegeanbieter*innen, Kreisverwaltung / -politik, Wirtschaftsförderung und weiteren Akteuren geschaffen wird, um eine nachhaltige Arbeit zu gewährleisten. Dabei geht es auch um die Frage der finanziellen Beteiligung der Akteure sowie die Akquise möglicher Fördermöglichkeiten.*

*Ende 2023 wird die bisherige Arbeit ausgewertet (u.a. geschaffene Bündnisstruktur, Informationsveranstaltungen an Schulen, erreichte Schüler*innen, Zahl der Praktika im Pflegebereich), um mögliche weitere politische Beschlüsse vorzubereiten.*

4. Es besteht bis 2025 (Zieljahr für die Pflegebedarfsplanung 2022 nach APG-NRW) Bedarf an 152 neuen Pflegeheimplätzen i.S. SGB XI. Diese zusätzlichen Pflegeheimplätze sind öffentlich auszuschreiben nach § 27.1 der Änderungsverordnung zur Durchführungs-VO zum Alten- und Pflegegesetz NRW. Der Bedarf an kreisweit 291 zusätzlichen Tagespflegeplätzen ist ebenfalls öffentlich auszuschreiben im Sinne der o.a. Landesverordnung. Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen zur Realisierung des Bedarfes auch durch planerische Sondierung und Schaffung geeigneter Baugrundstücke und Umbaumöglichkeiten hinzuwirken.
5. Der Landrat wird beauftragt, sich beim zuständigen Landesministerium für eine Änderung beim Alten- und Pflegegesetz NRW und der Landesverordnung für die Ausschreibung von Bedarfen einzusetzen mit dem Ziel: Mehr Flexibilität und Erhöhung der Realisierungschancen von bedarfsgerechten Projekten durch die Möglichkeit zur Umstellung der verbindlichen Pflegebedarfsplanung vom jährlichen auf mindestens einen zweijährigen Rhythmus auf Basis der Erfahrungen seit 2014 mit tatsächlichen Realisierungszeiten von Projekten (drei bis fünf Jahre).
6. Weiterhin ist sehr hoher Bedarf an solitären Kurzzeitpflegeplätzen festzustellen. Die strukturellen Finanzierungsprobleme der solitären Kurzzeitpflegeeinrichtungen bestehen immer noch. Der Landrat wird beauftragt, die noch immer fehlende Umsetzung der inzwischen auf Bundesebene eingebrachten gesetzlichen Verbesserungen kritisch beim zuständigen Gesundheitsministerium anzumahnen.
7. Für die Pflege- und Demenz-Wohngemeinschaften wird eine Versorgungsquote von mindestens 2%-Plätzen bezogen auf die 80jährige u. ä. Bevölkerung mit einem notwendigen Zuwachs von 187 Plätzen kreisweit empfohlen (vergleiche Tabelle). Es besteht außerdem weiterhin Bedarf an zusätzlichen Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren – eine Versorgungsquote von mindestens 4% bezogen auf die 65jährige und ältere Bevölkerung und ein Zuwachs von mindestens 1.660 Service-Wohnungen wird empfohlen (vergleiche Tabelle). Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen auch zur Realisierung dieses Bedarfes, z.B. durch planerische Sondierung und Schaffung geeigneter Baugrundstücke und Umbaumöglichkeiten, hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 20 136/22 Vereinbarungen zur Mitfinanzierung von Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, auf der Grundlage der der Drucksache 136/22 als Anlage beigefügten neuen „Vereinbarung zur Mitfinanzierung von Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen“ mit jedem Träger eine separate Vereinbarung zu schließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 21 208/22 Neufassung der Rahmenvereinbarung "Pflege- und Wohnberatung im Kreis Unna"

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Neufassung der Rahmenvereinbarung „Pflege- und Wohnberatung im Kreis Unna“ zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung im Rahmen eines Trägerverbundes mit den Wohlfahrtsverbänden abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 22 202/22 Kommunales Integrationsmanagement: Erste Änderung der Refinanzierungsvereinbarung Teilregion Süd vom 05.10.2021 (DS156/21)

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die der Drucksache 202/22 als Anlage beigefügte erste Änderung der Refinanzierungsvereinbarung zur Umsetzung des Förderprogrammes Kommunales Integrationsmanagements (KIM) Baustein II zu unterzeichnen und die weiteren Schritte einzuleiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 23 233/22 Modellprojekt Inklusion "In Zukunft inklusiv"; Abschluss einer Kooperationsvereinbarung

Erörterung

Herr Hüppe teilt mit, die CDU-Fraktion begrüße, dass man nun auch ein Modellkreis werde und stimme dem auch zu. Er erinnere aber an den vor 12 Jahren in Auftrag gegebenen Inklusionsplan. Seit 2010 sei nicht wirklich viel passiert. Einzig die VKU habe in Sachen Barrierefreiheit einiges erreicht. In allen anderen Bereichen und besonders im Jugendbereich sehe es dafür schlecht aus. Es habe lange gedauert, bis man eine Förderung für inklusive Jugendfreizeiten und Seminare hinbekommen habe und in den kreiseigenen Jugendeinrichtungen gebe es zahlreiche Veranstaltungen, aber nicht eine zum Thema Inklusion. Menschen mit Behinderungen würden da überhaupt nicht gesehen. Er erinnere den Landrat auch an sein Versprechen, dass es ein inklusives Konzept für die Schulen geben sollte. Es würden Millionen für Sanierungs- und Baumaßnahmen für Förderschulen ausgegeben, aber auf der anderen Seite erhalte man die Mitteilung, dass keine Ressourcen zur Verfügung stünden, um ein inklusives Konzept mit den anderen Schulen durchsetzen zu können. Wenn man an diesem Modellprojekt hier nun teilnehme, fordere man nun auch eine Erfolgskontrolle. Förderlich dafür sei auch ein verstärktes Rede- und Berichtsrecht für die Inklusionsbeauftragte in den Fachausschüssen. Man wünsche sich zukünftig Ergebnisse.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die als Anlage zur Drucksache 233/22 beigefügte Kooperationsvereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 24 163/22/2 Vertretungsregelung in der Kindertagespflege (Einzeltagespflegepersonen und Großtagespflegestellen)

Beschluss

Das in der Drucksache 163/22/2 dargestellte Vertretungskonzept in der Kindertagespflege (Einzeltagespflegepersonen und Großtagespflegestellen) wird zum 01.01.2023 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (58 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, GFL+WfU, der Gruppe FW/Familie, eines Einzelmitgliedes und des Landrates, 5 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE-UWG Selm und der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltung)

Punkt 25 175/22 Ausbau spezialisierter Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche; Antrag des Kinderschutzbundes Kreis Unna

Beschluss

1. Der Antrag des Kinderschutzbundes Kreis Unna an das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI) auf zwei weitere Stellen für die spezialisierte Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche wird unterstützt.
2. Das spezialisierte Beratungsangebot wird in die örtliche Jugendhilfestruktur sowie in regionale Maßnahmen gem. § 8a SGB VII eingebunden.
3. Der Eigenanteil von 20% der Personalkosten für die beiden zusätzlichen Stellen wird über die Änderungsliste der Verwaltung für den Haushalt 2023 (allgemeine Kreisumlage) eingebracht.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 26 217/22 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des Gutachterausschusses

Beschluss

Vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt Lünen stimmt der Kreistag dem Abschluss der beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des Gutachterausschusses für die Stadt Lünen zu.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 27 Mobilitätskonzept für den Kreis Unna

Punkt 27.1 219/22 Einrichtung eines interfraktionellen Arbeitskreises "Mobilitätskonzept"; Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.2022

Erörterung

Frau Schneider teilt mit, dass die Fraktion GRÜNE im Kreistag bereit sei, bei dem interfraktionellen Arbeitskreis mitzuarbeiten. Man sei allerdings nicht ganz glücklich über die Besetzungsvorschläge. Ihnen erschließe

sich nicht, warum SPD- und CDU-Fraktion zwei Personen entsenden und alle anderen mit ihren parteipolitischen Sprechern genügend ausgestattet sein sollten. Um der Sache Willen würden sie dies jedoch so mittragen.

Beschluss

Der Kreistag richtet einen Arbeitskreis ein, der die weitere Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes für den Kreis Unna bis zur Beschlussfassung beratend begleitet. Der Arbeitskreis besteht aus je zwei Mitgliedern der Fraktionen SPD, CDU, sowie je einem Mitglied der weiteren Fraktionen und Gruppen im Kreistag.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 27.2 220/22 Besetzung des interfraktionellen Arbeitskreises "Mobilitätskonzept"

Erörterung

Frau Ersan verliest die vorgeschlagenen ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder des Arbeitskreises.

Beschluss

1. Gem. § 35 Abs. 3 Satz 1 KrO werden folgende Personen in den interfraktionellen Arbeitskreis „Mobilitätskonzept“ gewählt:

Ordentliche Mitglieder		Stellvertretende Mitglieder	
1.	Herr Jens Schmülling	zu 1.	Herr Jens Krammschneider-Hunscha
2.	Frau Martina Eickhoff	zu 2.	Frau Annette Thomae
3.	Herr Wilfried Feldmann	zu 3.	Herr Wilhelm Jasperneite
4.	Herr Michael Zolda	zu 4.	Frau Annika Brauksiepe
5.	Frau Anke Schneider	zu 5.	Herr Thomas Möller
6.	Herr Ludger Auferoth (s.B.)	zu 6.	Herr Michael Klostermann
7.	Herr Dr. Hubert Seier	zu 7.	Frau Katja Wohlgemuth
8.	Herr Prof. Dr. Johannes Hofnagel	zu 8.	Herr Andreas Dahlke
9.	Herr Kamil Kornek (s.B.)	zu 9.	Herr Dr. Gerrit Heil
10.	Herr Thomas Cieszynski	zu 10.	Herr Ralf Piekenbrock

2. Den Vorsitz übernimmt auf Vorschlag des Landrates der Kreisdirektor, Kreiskämmerer und Dezernent für die Beteiligungen Mike-Sebastian Janke.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 28 227/22 Potenzial im On-Demand-Verkehr für den Kreis Unna umsetzen;
Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der FDP-Fraktion vom
28.11.2022**

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt,

- ein Konzept für On-Demand-Verkehr im Kreisgebiet zu erarbeiten,
- Angebote für On-Demand-Verkehr im Kreis Unna einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 29 102/22 Einführung Automatischer Zählsysteme im ÖSPV - Anpassung des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Beschluss

1. Die Anpassung der Anlage 4a des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) wird beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Umsetzung der VKU gegenüber zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 30 178/22 Einleitungsbeschluss zur Änderung des Landschaftsplans Nr. 2 - Raum Werne-Bergkamen

Erörterung

Herr Pufke betont, dass die Entscheidung der Unterschutzstellung selbstverständlich richtig sei, es aber trotzdem auch wichtig sei, dass der Romberger Wald für die Bevölkerung erlebbar bleibe und die vorhandenen Wanderwege gesichert würden. Dies sei im zuständigen Fachausschuss von Dezernent Holzbeck zugesagt worden und deswegen werde die CDU-Fraktion hier zustimmen.

Beschluss

1. Der Landschaftsplan Nr. 2 des Kreises Unna „Raum Werne-Bergkamen“ ist gem. § 20, Abs. 2 des Landesnaturschutzgesetzes innerhalb des in den Karten dargestellten Bereiches (s. Anlage) zu ändern.
2. Der vorgelegte Entwurf in Text und Karte zur 11. Änderung des Landschaftsplanes Nr. 2 „Raum Werne-Bergkamen“ wird gebilligt.
3. Der Landrat wird beauftragt, das entsprechende Änderungsverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 31 149/22 Dreiundzwanzigste Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998;
Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2023**

Erörterung

Herr Krusel bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion bei der Geschäftsführung und den Mitarbeitenden der GWA sowie den Mitgliedern der Gremien, namentlich dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung,

den Geschäftsführungen der Tochtergesellschaften und deren Gremienvertretern, die alle dazu beigetragen hätten, dass man heute über deutlich sinkende Abfallgebühren für das Jahr 2023 beschließen könne. Die CDU-Fraktion verbinde dies mit der Hoffnung, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Gebührensenkungen an die Gebührenzahler*innen weitergeben werden. In den Kommunen, in denen dies nicht möglich sei, bitte man zu transportieren, dass eventuelle Erhöhungen durch die Entscheidung im Kreistag und in den Gremien deutlich abgemildert worden seien. Mit der Errichtung der Wertstoffaufbereitungsanlage im Drei-Schicht-Betrieb und der Entscheidung zum Bau des Solarparks in Fröndenberg seien wichtige Weichenstellungen vorgenommen worden. Es gebe aus Sicht seiner Fraktion hier nur Gewinner: Das kommunale Unternehmen GWA mit seinen Mitarbeitenden, die privatwirtschaftlichen Partner in den Tochtergesellschaften, die Bürger*innen des Kreises Unna über eine Gewinnausschüttung an die VBU, die Gebührenzahler*innen durch sinkende Abfallgebühren und nicht zuletzt die Umwelt und das Klima. Insofern sei man auf einem guten Weg.

Beschluss

Die der Drucksache 149/22 als Anlage 1 angefügte 23. Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (23. ÄS) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 32 150/22 Änderung der Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der GWA/AKU zur Anpassung der Entgeltvereinbarungslaufzeit

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der GWA – Kreis Unna mbH sowie der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH (AKU) dahingehend zu ändern, dass im Rahmen dieser Drittbeauftragungen auch Entgeltvereinbarungen zwischen dem Kreis Unna und der GWA bzw. der AKU für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren ermöglicht werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 33 188/22 8. Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen im Kreis Unna vom 13.12.1999

Beschluss

Die der Drucksache 188/22 als Anlage beigefügte achte Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen im Kreis Unna vom 13.12.1999 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (62 Ja-Stimmen der Fraktion SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen und FW/Familie sowie des Landrates, keine Nein-Stimmen, 1 Enthaltung eines Einzelmitgliedes)

Punkt 34

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung ergeben sich nicht.

Frau Melchert fragt für die CDU-Fraktion an, ob aus gegebenem Anlass das Thema „Sperrung der Autobahnbrücken für den Schwerlastverkehr in Unna, Werne und Fröndenberg“ auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien im nächsten Sitzungslauf aufgenommen werden könne.

Herr Landrat Löhr sagt ihr dies zu. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Herr Landrat Löhr bedankt sich für die Bewirtung bei den Schüler*innen des Märkischen Berufskollegs und teilt mit, dass man sich zwecks Spenden für diese gerne an Frau Ersan wenden könne.

Herr Landrat Löhr stellt die Nichtöffentlichkeit her und eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Anlagen

1. - 8. Haushaltsreden der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU sowie der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen und FW / Familie
9. Liste Abstimmungsreihenfolge Haushaltsanträge

gez. Susanne Kronenberg
Schriftführerin

gez. Mario Löhr
Vorsitzender